

Antrag R-04
Jusos Bezirk Hannover

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK

Gerechtigkeit für Lorenz – konsequente Aufklärung und entschlossener Kampf gegen rassistische Polizeigewalt

1 Wir verurteilen die tödlichen Schüsse der Polizei auf
 2 den 21-jährigen Lorenz in der Nacht zu Ostersonn-
 3 tag 2025 in Oldenburg. Lorenz, ein junger Schwarzer
 4 Mann, wurde bei einem Polizeieinsatz durch meh-
 5 rere Schüsse tödlich verletzt – mindestens drei da-
 6 von trafen ihn von hinten, in Hüfte, Oberkörper und
 7 Kopf. Ausgelöst wurde der Einsatz dadurch, dass Tür-
 8 steher ihn nicht in eine Discothek hineinlassen woll-
 9 ten, angeblich wegen seiner Jogginghose. Die Um-
 10 stände seines Todes werfen zahlreiche Fragen auf,
 11 unter anderem, warum von hinten auf ihn gefeu-
 12 ert wurde, warum die Polizei falsche Angaben zur
 13 angeblichen Bedrohung mit einem Messer machte
 14 und warum die eingesetzten Bodycams nicht akti-
 15 viert waren.

16 Besonders kritisch sehen wir, dass die Ermittlungen
 17 ausgerechnet durch die Polizeiinspektion Delmen-
 18 horst/Oldenburg-Land/Wesermarsch geführt wer-
 19 den – jene Dienststelle, in deren Gewahrsam 2021
 20 ein junger BIPOC, Qosay Khalaf, unter ungeklärten
 21 Umständen verstarb. Auch dieser Fall ist bis heu-
 22 te nicht transparent aufgearbeitet worden. Das er-
 23 schüttert das Vertrauen in die Unabhängigkeit und
 24 Ernsthaftigkeit der Ermittlungen zutiefst. Die Praxis,
 25 dass sich Polizeibehörden gegenseitig untersuchen,
 26 ist strukturell problematisch und muss dringend be-
 27 endet werden.

28 Für viele BIPOC (Black People, Indigenous People and
 29 People of Colour) ist das Vertrauen in die Polizei
 30 schon lange erschüttert. Laut Erhebungen gibt es
 31 durchschnittlich mehr als einen vergleichbaren Fall
 32 pro Monat. Viel zu oft verlaufen Ermittlungen im
 33 Sande oder werden durch einen falschen Korpsgeist
 34 in der Polizei verhindert. Wir fordern eine lückenlo-
 35 se, unabhängige und transparente Aufklärung die-
 36 ses tödlichen Einsatzes.

37 Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen, Freund*in-
 38 nen und Mitstreiter*innen von Lorenz. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit dem lokalen Bündnis
 39 "Gerechtigkeit für Lorenz" in Oldenburg, das sich für
 40 Gerechtigkeit und ein würdevolles Gedenken ein-
 41 setzt. Die breite Beteiligung an Demonstrationen in
 42 Oldenburg und darüber hinaus, wie z.B. in Hanno-
 43 ver, zeigt: Die Zivilgesellschaft fordert Aufklärung,
 44

Wir zeigen uns bestürzt über die tödlichen Schüsse der Polizei auf den 21-jährigen Lorenz in der Nacht zu Ostersonntag 2025 in Oldenburg.

Gerechtigkeit für Lorenz heißt: Nicht nur Trauer und Mitgefühl, sondern auch politisches Handeln. Die strukturelle Dimension rassistischer Polizeigewalt muss benannt, anerkannt und entschieden bekämpft werden – für eine Gesellschaft, in der alle Menschen in Würde und Sicherheit leben können.

Wir fordern deshalb:

1. Eine unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes durch eine von der Polizei unabhängige, transparente und mit klaren Kompetenzen ausgestattete Stelle.
2. Die bundesweite Einrichtung von unabhängigen Beschwerde- und Ermittlungsstellen, die nicht der Polizei oder den Innenministerien unterstehen.
3. Eine konsequente und öffentlich kontrollierte Aufarbeitung rassistischer Strukturen in Polizei, Justiz und Verwaltung.
4. Verbindliche Standards für die Aus- und Fortbildung von Polizeikräften: Die Themen intersektionaler Rassismus, Deeskalation, Menschenrechte, Gleichbehandlung, Racial Profiling, interkulturelle Kommunikation und diskriminierungssensible Sprache müssen fester Bestandteil der Grundausbildung und der gesamten Berufslaufbahn sein. Dazu gehören verpflichtende, mindestens jährliche Weiterbildungen und Auffrischungsschulungen. Personen, die in diesen Bereichen gravierende Defizite aufweisen, dürfen nicht im Polizeidienst verbleiben. Ziel ist es, rassistisches Verhalten zu verhindern, diskriminierungssensibles Handeln zu fördern und den Polizeiapparat wirksam gegen rechtsradikale Unterwanderung zu schützen. Fortbildungen sollen den Kontakt mit von Diskriminierung betroffenen Menschen gezielt stärken.
5. Die aktive Unterstützung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Initiativen, die sich gegen Polizeigewalt, Rassismus und

45 Konsequenzen und strukturelle Veränderungen.
46 Lorenz' Tod ist kein Einzelfall. Immer wieder werden
47 insbesondere Schwarze Menschen, People of Color
48 und Menschen in psychischen Ausnahmesituatio-
49 nen durch Polizeigewalt verletzt oder getötet. Diese
50 Realität ist Ausdruck struktureller Probleme in un-
51 seren Sicherheitsbehörden. Rassismus, mangelnde
52 Kontrolle und unzureichende Aufarbeitung stehen
53 dem Anspruch eines demokratischen Rechtsstaats
54 fundamental entgegen.

55 Wir fordern deshalb:

- 56 1. Eine unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes durch eine von der Polizei unabhängige, transparente und mit klaren Kompetenzen ausgestattete Stelle.
- 60 2. Die bundesweite Einrichtung von unabhängigen Beschwerde- und Ermittlungsstellen, die nicht der Polizei oder den Innenministerien unterstehen.
- 64 3. Eine konsequente und öffentlich kontrollierte Aufarbeitung rassistischer Strukturen in Polizei, Justiz und Verwaltung.
- 67 4. Verbindliche Standards für die Aus- und Fortbildung von Polizeikräften: Die Themen intersektionaler Rassismus, Deeskalation, Menschenrechte, Gleichbehandlung, Racial Profiling, interkulturelle Kommunikation und diskriminierungssensible Sprache müssen fester Bestandteil der Grundausbildung und der gesamten Berufslaufbahn sein. Dazu gehören verpflichtende, mindestens jährliche Weiterbildungen und Auffrischungsschulungen. Personen, die in diesen Bereichen gravierende Defizite aufweisen, dürfen nicht im Polizeidienst verbleiben. Ziel ist es, rassistisches Verhalten zu verhindern, diskriminierungssensibles Handeln zu fördern und den Polizeiapparat wirksam gegen rechtsradikale Unterwanderung zu schützen. Fortbildungen sollen den Kontakt mit von Diskriminierung betroffenen Menschen gezielt stärken.
- 86 5. Die aktive Unterstützung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Initiativen, die sich gegen Polizeigewalt, Rassismus und für Menschenrechte einsetzen.
- 90 6. Studien über rassistische Diskriminierung durch private Sicherheitsdienste, unter anderem in Bars und Diskotheken. Öffentlich gewordene Verbindungen zwischen

für Menschenrechte einsetzen.

6. Studien über rassistische Diskriminierung durch private Sicherheitsdienste, unter anderem in Bars und Diskotheken. Öffentlich gewordene Verbindungen zwischen rechtsextremen Netzwerken und privaten Sicherheitsfirmen, die von den Ländern Sachsen und Thüringen beauftragt wurden, bestätigen die Notwendigkeit dieser Forderung.

94 rechtsextremen Netzwerken und privaten Si-
95 cherheitsfirmen, die von den Ländern Sachsen
96 und Thüringen beauftragt wurden, bestätigen
97 die Notwendigkeit dieser Forderung.
98 7. Gerechtigkeit für Lorenz heißt: Nicht nur Trau-
99 er und Mitgefühl, sondern auch politisches
100 Handeln. Die strukturelle Dimension rassisti-
101 scher Polizeigewalt muss benannt, anerkannt
102 und entschieden bekämpft werden – für eine
103 Gesellschaft, in der alle Menschen in Würde
104 und Sicherheit leben können.